

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Nachrichten Dresden
Verlagsnummer: 25241
Kurs für Adressänderung Nr. 20011
Schlüsselnummer u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - K. L. Wartenburg 28/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Lieferung monatlich 2,40 M., (einschließlich 20 Pfg. für
Zugabe), durch Postbesug 2,40 M., einschließlich 20 Pfg. Postgebühr (ohne Postbesugsgeld) bei
bei 3mal wöchentlichem Besug. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg., Anzeigen-
preise: Die einseitige 20 mm breite Seite 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und
Stellungsanzeigen ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklameseite 200 Pfg.,
außerhalb 250 Pfg., Offenerwerb 30 Pfg., Anzeigenpreise gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Neumann & Neumann,
Dresden, Volkshaus-Str. 10/68 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe
(Dresden, Neum.) zulässig. Unberichtigte
Schreibweise werden nicht aufbewahrt

Erstklassige bekannte Firma für
**Christstollen-
Versand**

Dresdner Christstollen
von ausgezeichneter Güte / Postkonti (5 kg) gegen Nachnahme Mk. 21.00

Robert Sommer
Ruf 13969
Breite Straße 2

Oefen und Herde
kauft man preiswert im Fachgeschäft!

Chr. Garms Inh. W. Eckardt Gr. Zwingerstr. 13
Farnapr. 10222 Nähe Postplatz
Kochanlagen für Großbetriebe - Kohlen- und Gasherde
Dauerbrand-Oefen - Ersatzteile

Konditorei Schmorl
Wilsdruffer Straße 20
Amalienstraße 3-10

Christstollen-Versand
nach allen Teilen der Welt

Grzesinski's Kampf gegen die Studentenschaft

600 Burschenschafter in Berlin zwangsgestellt Heraus aus der Sackgasse!

Berlin, 26. Nov. Am Mittwochvormittag um 9,30 Uhr erschien in den im Südkönig gelegenen Citadellen auf Lastkraftwagen ein großes Polizeiaufgebot und stellte die in den Sälen anwesenden Studenten, sämtlich Angehörige von Berliner Burschenschaften, in Stärke von etwa 600 Personen fest. Durch Kriminalbeamte wurden die Legitimationen der Studenten kontrolliert. Soweit Studentenkarten vorhanden waren, wurden deren Inhaber auf freien Fuß gesetzt, die übrigen, etwa 200 Personen, wurden auf Lastwagen der Abteilung IA des Polizeipräsidiums zugeführt, von wo sie nach kurzer Vernehmung entlassen worden sind. Die Polizei hatte die Absicht gehabt, die in den Citadellen für Mittwoch angesetzten Mensuren zu unterbrechen und die Studenten hierbei zu überraschen. Dieses war aber mißlungen, da beim Erscheinen der Polizei kein derartiger Vorgang festgestellt werden konnte. Nachträglich wird vom Polizeipräsidium bekanntgegeben, daß bei drei Studierenden scharfe Menzuren beschlossen worden sind, während die sonst vorgelassenen Gegenstände für eine Menzurenverwendung nicht in Frage kommen.

fördert ist. Es ist uns unverständlich, daß Sie verboten haben, das anzusprechen, was in Danzig täglich von offiziellen und inoffiziellen Stellen von allen Parteien und Richtungen eindeutig ausgesprochen wird und ausgesprochen werden muß. Ist Ihnen denn nicht bekannt, daß Polen seit 1920 Monat für Monat verliert, über die weitgehenden Rechte hinaus, die ihm in Danzig durch das Berliner Diktat zugesprochen sind, der wehrlosen Stadt weitere Rechte zu entreißen, daß Polen alle Möglichkeiten wahrnimmt, Danzig wirtschaftlich und national zu schädigen, und daß sogar jetzt bei der Volksstagswahl die aufständische diplomatische Vertretung in Danzig aktiv in den Wahlkampf eingegriffen, daß Polen neuerdings die Forderung gestellt hat, die Danziger Schulhoheit für die Minderheitenschulen aufzuheben, die deutsche Amtssprache im Verkehr mit Polen durch die polnische zu ersetzen und den Erwerb der Danziger Staatsangehörigkeit von der Zustimmung Polens abhängig gemacht? Lassen sich nach alledem irgendwelche Gründe dafür anführen, die Bedrohung des deutschen Danzig durch Polen zu verweigern? *

Brüning hat kein Glück mit dem Reichstag. Die Aussichten auf eine parlamentarische Erledigung des sogenannten Sanierungsprogramms sind mit dem Abspringen der Wirtschaftspartei und dem nun wohl endgültigen Ausscheiden des Reichsjustizministers Dr. Bräutigam aus dem Kabinett auf den Nullpunkt gesunken. Es gibt keine Mehrheit mehr für Brüning, richtiger, es hat noch nie eine solche gegeben. Was den Kanzler bisher rettete, war der Entschluß der Sozialdemokratie, eine Rechtsregierung um jeden Preis, selbst um den der Opferung der eigenen Ueberzeugung, zu verhüten. Unterdessen ist aber die Sozialdemokratie selbst von einer heftigen inneren Krise gepackt worden. Der linke Flügel revoltiert heftig und droht mit der Sezession. Aber selbst wenn sich die Sozialdemokratie im Reichstage noch einmal durch Fraktionszwang zu geschlossenem Eintreten für das Regierungsprogramm entschließen sollte, so ist eine Mehrheit nicht mehr möglich. Die Wirtschaftspartei hat aber klipp und klar erklärt, daß sie eine weitere Unterstützung des Kabinetts ablehnen müsse, weil es seine Politik unter Preisgabe lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft durchzuführen versuche. Die Wirtschaftspartei hat den Glauben verloren, daß auf dem bisherigen Wege die großen Lebensprobleme des deutschen Volkes in der Innen- und Außenpolitik gelöst werden könnten. Damit entfällt auch jede Hoffnung Brüning's, durch einen formalen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung, wie das letzte Mal, die Klippe der Mißtrauensanträge zu umgehen. Denn die Abgabe der Wirtschaftspartei ist so eindeutig formuliert, daß für die Partei auch eine indirekte Unterstützung Brüning's nicht mehr in Frage kommen dürfte. Die Opposition hat jetzt im Reichstag die Mehrheit. Das ist eine Tatsache, an der nicht mehr zu rütteln ist.

Danziger Studenten gegen Professor André

Berlin, 26. Nov. (Eigene Drahtmeldung.) Die Deutsche Studentenschaft der Technischen Hochschule in Danzig hat an Prof. Dr. André, der von seinem Amte als Rektor der Universität Königsberg zurückgetreten ist, ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Wie wir erfahren, haben Sie verübt, einen parteipolitisch völlig neutralen Aufruf zur Volksstimmabgabe in Danzig auszubringen, weil in ihm offen darauf hingewiesen wird, daß das Deutschtum in Danzig stark ge-

Dieser Brief der Danziger Studenten richtet sich moralisch ebenso sehr wie gegen André gegen die Politik des preussischen Kultusministers, des Sozialdemokraten Grimme, dessen Anordnungen erst Prof. André zur Entfernung des Aufrufs veranlaßten.

Die Nationalsozialisten fordern Grenzschutz

Berlin, 26. Nov. Im Reichstag ist ein nationalsozialistischer Antrag eingegangen, in dem die Reichsregierung ersucht wird, umgehend die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um aus dem Millionenheer der männlichen Arbeitslosen einen freiwilligen Grenzschutz von mindestens 100.000 Mann zur Abwehr polnischer Uebergriffe längs der heutigen deutsch-polnischen Grenze aufzustellen.

Deutsche Protestnote an den Völkerbund

Gegen den Polen-Terror

Berlin, 26. Nov. Das Reichskabinett trat am Mittwochabend um 8,30 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der die deutsche Note an den Völkerbund wegen der Terrorakte gegen die deutsche Minderheit in Oberschlesien besprochen wurde. Der Note liegt das umfangreiche Material zugrunde, das der deutsche Generalkonsul von Grünau der Reichsregierung übermittlelt hat. Die deutsche Protestnote wird im Laufe des heutigen Tages abgefaßt werden. Weitere Einzelheiten über den deutschen Schritt werden erst im Laufe des Tages bekannt werden.

Es ist zu hoffen, daß wir mit diesen Protesten der Weltmeinung gegenüber nicht wieder zu spät kommen, denn die polnische Pressenkampagne hat es bereits wieder sehr raffiniert verstanden, uns als die Störenfriede hinzustellen — eine Folge des langen Janderns, mit dem wir uns die Terrorakte angehehen haben. Kein fremdes Volk wird das verstehen, und so dürften die Verleumdungen der polnischen Presse auf fruchtbaren Boden fallen.

des Präsidenten der Gemischten Kommission verlegende Zustimmung erteile ich mit Entrüstung zurück. Die jetzige Grenze ist die selbstverständliche Grundlage meiner Mission.“

Calonder mag mit dieser seiner Antwort an die beim-treuen Oberschlesier formal im Rechte sein, aber uns Deutsche muß peinlich die Kühle und Gelassenheit seiner Antwort berühren, die eines Altmenchen würdig ist, aber nichts verrät von dem Jörn, der jeden Anteilnehmenden pöden muß angesichts der niederträchtigen und barbarischen Methoden, mit denen die Polen eine mitleidige Minderheit niederknütteln. Und ein Muttervolk, das das ansieht, ohne die Geduld zu verlieren, das nicht mit allen Mitteln auf Abhilfe drängt, wäre Verachtung wert. Herr Präsident, Calonder möge also seine „Entrüstung“ gegen die wunden die den Frieden mit den ungeliebten Völkern bewahrt und unerschrocken gegen die, die eine gründliche Vereinnahmung dieser unheilbaren Zustände wünschen.

Angeichts der Erregung in Oberschlesien wegen der Terrorakte gegen die deutsche Minderheit in Oberschlesien erteilt der Vizepräsident des Industriebezirks einen

Brüning hat deshalb seinen ursprünglichen Plan, in der Zeit vom 3. bis 20. Dezember das Regierungsprogramm in ähnlichem Hefttempo wie im Reichsrat von der Volksvertretung durchzuspülen zu lassen, aufgegeben und erneut mit dem Artikel 48 gedroht. Er will alle im Reichsrat beschlossenen Finanzgesetze als Notverordnungen mit der Unterschrift des Reichspräsidenten in Kraft setzen. Aber auch diese Lösung ist kein Ausweg. Denn der Gedanke, den Reichstag, wie im Oktober, wieder anzuführen, ist nur mit Billigung des Reichstags selbst möglich. Eine Mehrheit hierfür war damals vorhanden, sie ist es aber jetzt nicht mehr. Es besteht keine verfassungsrechtliche Handhabe, das Parlament nach Hause zu schicken, wenn es sich nicht nach Hause schicken lassen will. Auch die Notverordnungen können nicht gegen die Mehrheit des Parlaments gerichtet werden. Denn sie müssen nach Artikel 48 sofort aufgehoben werden, wenn die Mehrheit es wünscht. Und sie wird diese Forderung stellen und durchsetzen, selbst wenn die Sozialdemokratie noch einmal um Preussens willen ihre eigene Ueberzeugung kreuzigen sollte.

Schon im alten Reichstag befand sich Brüning in dieser Lage, der er jetzt trotz allem taktischen Geschick mit tödlicher Sicherheit entgegensteuert. Damals konnte er sich nur durch die Auflösung des Parlaments retten. Nur so hatte er die Möglichkeit, an Stelle der aufgehobenen Notverordnungen eine neue zu setzen. Wenn der Reichstag also jetzt seine Notverordnungen abermals aufhebt, dann kann er an deren Stelle keine abgeänderten setzen. Es bleibt ihm dann nur die Möglichkeit, den Reichstag abermals aufzulösen. Dem steht zwar das verfassungsrechtliche Bedenken entgegen, daß die Auflösung „nur einmal aus dem gleichen Anlaß“ erfolgen darf. Aber der Begriff „gleicher Anlaß“ ist so dehnbar und von der Rechtswissenschaft so umstritten, daß die Behauptung, es liege ein neuer Anlaß vor,

Calonder reist nach Warschau

Warschau, 26. Nov. Wie schon verkündet, habe Außenminister Jaksfi offenbar im Zusammenhang mit den Vorbereitungen den Präsidenten der Gemischten Kommission in Rattowicz, Calonder, nach Warschau eingeladen. Calonder dürfte am Donnerstag oder Freitag in Warschau eintreffen.

Aufruf an die Bevölkerung

in welchem er dringend bittet, sich auf keinen Fall zu irgendwelchen Gewalttätigkeiten gegen die polnisch gesinnte Bevölkerung oder gegen polnische Staatsangehörige hinreißen zu lassen, da jede derartige Handlung den Erfolg der von der Regierung zu unternehmenden Schritte auf das schwerste gefährden würde.

Neue Massenverhaftungen

Berlin, 26. Nov. (Eig. Drahtmeldung.) Die polnischen Behörden denken, wie ja auch vorausgesehen war, gar nicht daran, ihr dem Präsidenten der Gemischten Kommission, Calonder, gegebenes Versprechen, die Terrorakte der polnischen Aufständischen mit allen Mitteln zu unterbinden und eine scharfe Untersuchung wegen der planmäßigen Ueberfälle einzuleiten, zu halten. Wie in früheren Fällen sabotiert die polnische Polizei regelrecht die Untersuchungen und versucht, die Vorkommnisse zu verwischen. Bezeichnend ist auch das Vorgehen der polnischen Behörden, die jetzt durch massenweise Verhaftungen von Deutschen den Anschein zu erwecken versuchen, als ob die Deutschen für die schweren Ausschreitungen verantwortlich zu machen seien. Aus allen Teilen Oberschlesiens kommen noch Meldungen über die grausigen Ausschreitungen, die die polnischen Aufständischen am Wahltag selbst und auch nachher noch verübt haben.

Calonder übergibt der Presse folgende Mitteilung:

„In der Presse ist ein an mich gerichteter Offener Brief veröffentlicht worden, in welchem ich zur Erfüllung meiner Pflicht ermahnt werde. Ich sehe mich nicht veranlaßt, darauf irgend etwas zu antworten. Die deutsche und die polnische Minderheit haben auf meinen Schutz stets zählen können. Im gleichen Schreiben werde ich ersucht, dahin zu wirken, daß Polnisch-Oberschlesien an Deutschland zurückgegeben werde. Diese das Pflichtgefühl

Heute:
Literarische Umschau
Seite 9 und 10